

Bahnstraße wird mit Parkplätzen geplant

Der Bauausschuss entscheidet sich beim Ausbau für ein Trennsystem von Fahrbahn und Gehweg.

RADEVORMWALD (wos) Seit 2007 ist der Ausbau der Bahnstraße zwischen Wiedenhofkamp und der Bahnhofstraße immer wieder verschoben worden. Im Beisein zahlreicher Anwohner hat der Bauausschuss am Mittwoch erste, vorbereitende Entscheidungen zum Ausbau der Straße beschlossen.

Zur Auswahl stand für einen Endausbau der Straße aus der Sicht der Verwaltung die Verbindung von Fahrbahn und Gehweg auf einer Ebene (Mischsystem) oder die Trennung in Fahrbahn und Gehweg (Trennsystem). Mit sehr großer Mehrheit hat sich der Ausschuss beim Beauftragen der Entwurfsplanung schließlich für die zweite Variante ausgesprochen. Planen soll die Stadt an den Stellen, wo dies

möglich ist, mit fünf Meter breitem Straßenraum, damit zur Verkehrsberuhigung Parkplätze am Straßenrand geschaffen werden können.

Vorausgegangen war eine Diskussion über die Kostenfrage. Bisher sind 560 000 Euro veranschlagt. Ulrich Dippel, Fachbereichsleiter Tiefbau, erklärte, dass er den Planungsauftrag benötige, um die genauen Kosten für den Bau der Anliegerstraße zu ermitteln.

Burkhard Klein als Leiter der Bauverwaltung berichtete zusätzlich, dass die Straße aus Sicht der Verwaltung erstmalig hergestellt wird, weil sie alle Kriterien des 1961 eingeführten Bau-Gesetzbuches erfülle. So habe man auch bei allen anderen Straßen in der Stadt agiert. Erstmals erwähnt worden ist die Bahnstraße

laut Klein im Jahr 1934. Dadurch ergebe sich eine Beitragspflicht der anliegenden Grundstückseigentümer nach dem Bundes-Baugesetzbuch in einer Höhe von 90 Prozent. Das Kommunalabgabenrecht des Landes mit einer niedrigeren Bürgerbeteiligung könne nicht angewendet werden. Das gelte für die Bahnstraße wie auch die Kohlstraße.

Auf Vorschlag von Ursula Schaub (AL) wird geprüft, ob die Straße als sogenannte historische Straße einzustufen ist, mit der Folge, dass eine andere Rechtslage entstehen würde. Klein und Bürgermeister Dr. Josef Korsten erklärten, dass man die Rechtslage bereits geprüft habe und sie für eindeutig halte. Man werde sie aber noch einmal prüfen.

Zu alternativen Straßenbau-Varianten erklärte Ulrich Dippel, dass eine Nur-Deckensanierung 45 000 Euro kosten würde, aber wohl nur zehn Jahre halte. Die Erneuerung von Trag- und Deckschicht koste etwa 250 000 Euro und halte 20 bis 30 Jahre. Die Wasserführung, die Beleuchtung der Straße und der Bau eines Gehweges seien dabei aber nicht berücksichtigt.

Christian Viebach forderte für die CDU, dass die Bürger so schnell wie möglich, wenn die Planungen vorangetrieben sind, durch eine Bürgerveranstaltung einbezogen werden. Er erklärte aber auch, dass die jetzige Problematik für die Bürger nicht neu ist. „Ich erwarte eine offensive Information der Verwaltung“, sagte Viebach.